

"Plan Euratom" in Der Spiegel (9. November 1955)

Quelle: Der Spiegel. 09.11.1955. Hamburg. "Plan Euratom", p. 11.

Urheberrecht: (c) Der Spiegel

URL: http://www.cvce.eu/obj/plan_euratom_in_der_spiegel_9_november_1955-de-oafdade4-a419-48c2-9737-1c65c7028305.html

Publication date: 05/11/2015



Plan Euratom

Im Vorstandszimmer der CDU-Bundestagsfraktion besprachen am vergangenen Mittwoch fünf Bonner Minister und einige Staatssekretäre ein Projekt, dessen Namen ein Autor technisch-utopischer Romane erfunden haben könnte. Der Plan, dessen schriftliche Fassung erst kurz zuvor in der Bundeshauptstadt eingetroffen war und nun den Ministern vorlag, trägt die phantastische Bezeichnung „Euratom“. Verfasser ist der Atomenergie-Ausschuß der sechs Montanunionstaaten in Brüssel.

„Euratom“ ist das Kernstück eines Planes, dessen Ziel die Integration der westeuropäischen Atomwirtschaft ist. Die Außenminister der sechs Länder hatten im Frühjahr während der Konferenz in Messina einen Fachausschuß gegründet, der diesen Plan skizzieren sollte und der seitdem unter dem Vorsitz des Franzosen Armand in der belgischen Hauptstadt tagt.

Der erste Bericht, den der Ausschuß nun vorlegte, empfiehlt für die schnell heranwachsende Atomindustrie einen streng reglementierten gemeinsamen Markt in Westeuropa, wie er auf dem Gebiet von Kohle und Stahl seit einigen Jahren mit mehr oder minder befriedigenden Ergebnissen praktiziert wird. Wie schon beim Schumanplan, aus dem dann die Montanunion hervorging, stand auch bei „Euratom“ das Wunschbild eines Vereinigten Europas Pate, das sich demaleinst zwischen Ost und West als „dritte Kraft“ konstituieren soll.

Immerhin schätzten die Ausschußmitglieder, unter ihnen des Kanzlers Chefintegrator, der Gesandte Ophüls, den abendländischen Einigungswillen realistisch ein. Sie mahnten zur Eile, „weil die Gefahr besteht, daß die gegenwärtige Lage ... sich durch die Herausbildung fester Stellungen und Interessen und die Entwicklung künstlicher Hindernisse schnell verschlechtert“.

Atompolitische Stellungen gegen die Bundesrepublik haben Engländer und Franzosen schon im Sommer bezogen. Beide Länder sind Nutznießer eines Hilfsabkommens mit den USA und stemmten sich in Washington erfolgreich gegen Bonner Wünsche nach einem ähnlichen Vertrag mit Amerika.

Die westlichen Alliierten wollen im übrigen das Vorrecht behalten, ihre Atomrüstung, die der Bundesrepublik verboten ist, außerhalb des Euratom-Pools mit Atom-Material zu versorgen. Den Verdacht, daß diese unkontrollierbare wehrtechnische Ausnahme leicht auch den Industrien der bevorteilten Länder zugute kommen könnte, versuchten die Atom-Europäer in Brüssel aus der Welt zu schaffen, indem sie feststellten:

„Der gleiche Zugang zu den der Euratom zur Verfügung stehenden Mitteln und die Einheit der Preise werden gewährleistet sein, wenn die Regierungen übereinkommen, daß die Verbraucher für sämtliche wissenschaftlichen und industriellen Verwendungszwecke nur über Erze und Kernbrennstoffe verfügen können, wenn sie (diese Grundstoffe) bei der Euratom beziehen, die allein berechtigt ist, für Rechnung der sechs Länder einzukaufen.“

Eben dieser Teil des Projektes erschien den Bonner Ministern jedoch besonders suspekt, als sie am vergangenen Mittwoch den Plan Absatz für Absatz sehr genau überprüften. Wie die Montanunion soll nämlich auch Euratom die Mammutbürokratie einer Hohen Behörde erhalten. Gerade mit der Hohen Behörde der Montanunion hat aber die westdeutsche Wirtschaft wegen der ohne Rücksicht auf deutsche Bedürfnisse geforderten hohen Kohlen-Exportkontingente im Augenblick lebhaftere Differenzen. Die Hohe Atombehörde soll unter anderem:

- Bestimmungen über den Bau von Atomanlagen und den Handel mit Kernbrennstoffen erlassen,
- die „gemeinsame Nutzung aller nationalen Patente ohne Rücksicht auf das Eigentum „erreichen“,
- Lizenzstreitigkeiten zwangsweise schlichten und, falls erforderlich, industrielles Eigentum an sich ziehen.

Dem gewaltigen Behördenapparat, der schon für diese Hauptaufgaben notwendig wäre, entsprechen Zahl und Produktionsziele der europäischen Atomwerke, die der Hohen Behörde eines Tages unterstehen sollen:

- Je eine Fabrik zur Herstellung radioaktiver Isotopen⁽¹⁾, zum Bau von Atommeilerprototypen, zur Herstellung bestimmter Forschungsmeiler und zur Aufbereitung von Uran, ferner
- übernationale Bergwerksgesellschaften,
- einige kleinere Spezialwerke und
- eine Forschungs- und Meßanstalt.

Den Ministern im Vorstandszimmer der CDU-Bundestagsfraktion graute nicht wenig vor soviel behördlicher Integration. Der jüngst zum Atomminister gekürte Sonderminister Franz-Josef Strauß regte deshalb an, zunächst einmal nur das Mindestprogramm als eventuell realisierbar zu erörtern, das der Atomenergie-Ausschuß in Brüssel vorsorglich ebenfalls ausgearbeitet hatte.

Dieser Plan sieht die Gründung einer europäischen Koordinierungsinstanz vor, deren Aufgabe es wäre, die Forschungsergebnisse aus den einzelnen Ländern und die nationalen Investitionsprogramme zur Kenntnis zu nehmen, allgemein bekanntzumachen und dadurch Überschneidungen und Doppelarbeit weitgehend zu verhindern.

Franz-Josef Strauß weiß sich in der weisen Beschränkung auf diesen Plan einig mit dem Präsidenten des Verbandes der Chemischen Industrie, Dr. Menne, und anderen westdeutschen Industriellen, die von einer europäischen Atombehörde erst reden wollen, wenn die Bundesrepublik ihren atomtechnischen Rückstand halbwegs aufgeholt hat.

Dr. Menne, der am Mittwoch vergangener Woche zum Vorsitzenden des am gleichen Tage installierten Arbeitskreises für Atomfragen im Bundesverband der Deutschen Industrie gewählt wurde, verlangte schon vor einigen Wochen öffentlich, man solle die Atomprogramme zunächst entpolitisieren und in der Bundesrepublik möglichst schnell zur praktischen Arbeit übergehen.

Gründe für eine Beschleunigung des Marschtempo gibt es genug. Die Vereinigten Staaten haben beispielsweise für die industrielle Auswertung der Atomenergie bisher bereits 13 Milliarden Mark ausgegeben, England etwa 2,5 Milliarden und Frankreich eine Milliarde. Der Haushalt der Bundesrepublik sieht für den gleichen Zweck in diesem Jahr zum ersten Male 1,9 Millionen Mark vor — ein Tausendstel des Aufwandes, den Westdeutschlands westliche Nachbarn treiben, um sich auf den steigenden Energiebedarf ihrer Industrien in den nächsten Jahrzehnten vorzubereiten.

Die Kohlenmengen, die benötigt würden, um den schnell wachsenden Energiehunger der Welt zu stillen, schätzte die Royal Dutch Shell-Gruppe kürzlich für das Jahr 1955 auf 3,4 Milliarden Tonnen Hartkohle, für 1965 auf 4,5 Milliarden Tonnen und für 1980 auf sieben Milliarden Tonnen. Diesem riesigen Bedarf würden die Kumpel aller Bergbauindustrien machtlos gegenüberstehen. Atomkraftwerke aber könnten schon heute aus nur neun Tonnen Uran soviel elektrischen Strom erzeugen, wie gegenwärtig aus 24 Millionen Tonnen Kohle gewonnen werden können.

Während in England und Amerika bereits erste Atomkraftwerke gebaut werden, sollen in der Bundesrepublik vorerst nur einige kleine Atommeiler zu Forschungszwecken in Universitäten und ein größerer Prüfmeiler in der Nähe von Karlsruhe aufgestellt werden. Die deutschen Wissenschaftler müssen sich zunächst einmal an den Stand ihrer Kollegen in den Nachbarländern heranexperimentieren.

In diesem Vorstadium industrieller Atomtechnik muß die Bonner Bundesregierung zunächst den Umgang mit Kernbrennstoffen gesetzlich regeln. Im Laufe der vergangenen Monate haben die Referenten im Bundeswirtschaftsministerium nicht weniger als acht Entwürfe eines Kernenergie-Gesetzes vorbereitet.

Anfang dieser Woche leitete nun die „Interparlamentarische Arbeitsgemeinschaft“, der Bundestagsabgeordnete aller Parteien angehören, den Bonner Parlamentsfraktionen einen eigenen

Gesetzentwurf zu, an dem renommierte Professoren der Universität Göttingen mitgearbeitet haben. Die Arbeitsgemeinschaft will den Gebrauch von Kernbrennstoffen, den Bau von Meilern und die Verwendung von Isotopen in Technik, Medizin und Biologie von einer Bundesanstalt regeln lassen, die der Regierung unterstehen soll.

Ein Kuratorium aus Wissenschaftlern, Industriellen und Kommunalbeamten soll die Anstalt fachlich beraten, die überdies nicht — wie eventuell eine Atom-Ministerialbürokratie — mit sachkundigen Beamten zu arbeiten brauchte, sondern vorgebildete Angestellte engagieren könnte.

Doch noch ehe der Entwurf parlamentsreif war, löste er einen ersten Machtkampf um die Atomkompetenzen in der Bundesregierung aus. Franz-Josef Strauß überredete seine Freunde in der CDU-CSU, das Gesetz nicht aus eigener Initiative einzubringen. Strauß möchte die gründliche Arbeit als Beratungsmaterial einer Atomkommission überlassen, über deren Zusammensetzung er zur Zeit mit deutschen Forschungsgemeinschaften und Wirtschaftsverbänden verhandelt. Der Minister will nicht nur Atompolitik treiben — er möchte das Atom auch selbst verwalten.

Um die Ambitionen des jungen Bonner Atomministers und seines Stabes zu dämpfen, bereiteten nun einige Bundestagsabgeordnete, die der chemischen Industrie nahestehen, einen weiteren Gesetzentwurf vor, der dem Staat nur das Recht zum Erlaß von Rahmenbestimmungen einräumen, im übrigen der Wirtschaft jedoch freie Hand lassen soll.

Da es in der Bundesrepublik eine Atomrüstung nicht geben wird, wollen weder die Abgeordneten der „Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft“ noch die Industrie das amerikanische Beispiel straffster Kernenergie-Verwaltung nachahmen. In den USA sind alle Kernbrennstoffe unveräußerliches Staatseigentum; sie können an autorisierte Privatpersonen nur verpachtet werden. Die von industriellen Unternehmen erzeugten Kernbrennstoffe werden im Augenblick ihres Entstehens automatisch Staatseigentum.

In England ist der zuständige Minister ermächtigt, „den Erwerb, die Erzeugung, die Bearbeitung, den Besitz, ... die Ausfuhr und die Einfuhr“ von Atombrennstoffen genehmigungspflichtig zu machen und sie zu enteignen, wenn er das im Interesse des Staates für notwendig hält.

Von Göttinger Professoren stammt nun der Vorschlag, in der Bundesrepublik überhaupt keine Staatsbetriebe mit der Erzeugung und Verwendung von Kernenergie zu befassen. Die Wissenschaftler regten an, eine Atombank zu gründen, die — als Bundesanstalt — alle vorhandenen Brennstoffe registriert, ihnen ein Depot zuweist und bestimmt, wer mit Atomenergie umgehen darf.

Der Widerstand der Wissenschaftler und der Industriellen gegen staatseigene Atomwerke ist zugleich das stärkste westdeutsche Bollwerk gegen die Gemeinwirtschaftspläne des Atomenergie-Ausschusses der Montanunionländer in Brüssel.

(1) Radioaktive Isotopen werden insbesondere für medizinische, aber auch für technische Zwecke benötigt. Sie dienen als „Spürhunde“: Mit ihrer Hilfe können zum Beispiel Stoffwechselvorgänge im menschlichen Körper kontrolliert. Risse in Schweißnähten, Verstopfungen oder undichte Stellen in unterirdischen Rohrleitungen aufgespürt werden.